sigbert helle

auditorium

54
Mai 1968
C 20825 F



VATERTAG 1970?

auditorium

hamburger studentenzeitschrift

Leserbriefe

in diesem Heft

Impressum: Ausgabe Mai 1968 / Verlagsort Hamburg.

Redaktion: Holger-Jens Riemer (verantw.), Christine Radbruch, Ulrich Weisse.
Titelphoto: Ulrich Schiller.

Mitarbeiter dieses Heftes: Adolf Hartmann, Wolfgang Krohn, Stephan Leibfried (Berlin), Peter Münder, Reinhold Oberlercher, Holger Rust, Peter Schütt, Uwe Wandrey.

Herausgeber: AStA der Universität Hamburg, 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 7, Tel. 4 10 30 64.

Verkaufspreis: –,30 DM.

An Studenten der Universität Hamburg: kostenlos. auditorium erscheint siebenmal im Jahr, viermal im Winter- und dreimal im Sommersemester / Zur Zeit gilt Anzeigentarif Nr. 7 / Bankverbindung: Dresdner Bank, Harvestehude 460 20.

Druck: A. Pockwitz Nachf. Karl Krause, Stade/Elbe, Poststraße 11–15.

Auflage dieser Ausgabe: 10 000.

Vorlesungs- und Seminarkritiken werden anonym veröffentlicht. Die Namen der Verfasser sind der Redaktion bekannt.

■

Beilagenhinweis: Der Luchterhand Verlag ist durch sein Programm von Habermas bis Marcuse, von der SDS-Denkschrift bis Lukacs, der außerparlamentarischen und besonders der studentischen Opposition verbunden. Wir weisen unsere Leser auf den dieser Nummer beiliegenden Prospekt zu den politischen Schriften von Günter Grass hin. Ferner weisen wir unsere Leser auf Praspekte der Firma Procter & Gamble sowie der Studentenreisen Hamburg und der Burschenschaft Honsea hin.

audi 53: Bolz: Dach

Wolfgang E. Bolz hat als SPD-Mitglied in der April-Ausgabe von auditorium Professor Weichmann angegriffen und dessen Vorstellungen zur politischen Bildungsarbeit an der Universität kritisiert. Da es sich um ein Problem handelt, das über die persönliche Auseinandersetzung hinausgeht, sollen die Vorstellungen nicht unwidersprochen bleiben.

Wolfgang E. Bolz hat seine Meinung zum Thema „Politische Bildungsarbeit an der Universität" geäußert. Er hat aber noch viel mehr getan. Er hat als Mitglied der SPD ein anderes Mitglied dieser Partei kritisiert. Dagegen ist nichts einzuwenden. Er hat jedoch bei dieser Kritik zwei Fehler begangen, die zum Widerspruch herausfordern:

a) Der Tonfall der Äußerungen gleicht zeitweise der Art ausgefallener politischer Gegner, die den Bürgermeister durch ihre Polemik lächerlich machen wollen, um ihn politisch abzuwerten.

b) Gerade die SPD ist, trotz aller gegenteiliger Behauptungen, eine Partei des Gesprächs, der Auseinandersetzung, der Kritik. Unverständlich bleibt deshalb, daß Bolz den Weg der innerparteilichen Diskussion nicht gegangen ist.

Er hat nicht versucht, in den entsprechenden Gremien der Partei für seine Ansicht zu werben, ihr durch eine sachlichere Grundlage Gehör zu verschaffen und sie möglicherweise durchzusetzen.

Wolfgang E. Bolz hat die Loyalität dieser Partei mit seiner offenen Polemik verletzt. Er hat genau das Mindestmaß an Geschlossenheit, das eine Partei benötigt, um politische Willensentscheidungen vorzubereiten und durchzuführen, mißachtet.

Wolfgang E. Bolz hat aber auch möglichen politischen Gegnern Ansätze geliefert, in die persönlichen Auseinandersetzungen der Partei einzugreifen. Das Bild von der SPD in der Öffentlichkeit dürfte darunter gelitten haben.

Bernd Rode

Realitäten

Mittwoch, 8. Mai, 16 Uhr, s.t. Vollversammlung der Studenten der rechtswissenschaftlichen Fakultät. Tagesordnung u. a.: Neufassung der Satzung, um der permanenten Beschlußunfähigkeit des Fachschaftsrates Herr zu werden, Besetzung des Studienreformausschusses der Fakultät, Frage der Zwangsexmatrikulation, Neugestaltung des juristischen Studiums. Von ca. 1800 Studenten anwesend 60 (3,3 %). Von 12 Fachschaftsratsmitgliedern anwesend 4, der Rest fehlt — teils unentschuldigt, teils entschuldigt; die Herren Behlmer und Albers, Bannerträger einer denkwürdigen Immatrikulationsfeier, gaben wichtige politische Arbeit als Verhinderung an. Nach einer Stunde Abbruch der Debatte über die Satzung, der Entwurf soll nochmals überarbeitet werden. Danach Diskussion um die Forderung nach paritätischer Besetzung der Studienreformkommission. Bei der Abstimmung sind noch 40 Studenten anwesend. 24 stimmen dafür, acht dagegen, acht enthalten sich. Dem Fachschaftsleiter erscheint das Ergebnis denn doch nicht eindrucksvoll genug, um damit die Forderung bei der Fakultät zu vertreten. Er beantragt, die Vollversammlung möge sich wegen Beschlußunfähigkeit auflösen. Man geht auseinander.

Ende des Satyrspiels. — Die nüchterne Frage bleibt: Können die Studenten angesichts solcher Defekte ihres demokratischen Bewußtseins guten Gewissens und berechtigterweise paritätische Beteiligung an Verantwortung und Entscheidungsgewalt für alle Fragen der Universität fordern?

Wiss. Ass. Dr. Manfred Löwisch

Wolfgang Krohn

DEMOKRATUR in Deutschland

Regierung und Parlament der BRD haben in zweiter Lesung verabschiedet, was den einen die Glaubwürdigkeit bundesdeutscher Abschreckung gewährleistet (Barzel), den andern die Kodifikation des endgültig autoritär gewordenen Staates (APO); beide Aspekte schließen einander nicht aus. Nicht das Faktum, die Bewertung ist kontrovers.

Grundrechte sind in langer geschichtlicher Tradition erkämpfte Schutzrechte des Einzelnen gegen den Staat. Das Grundgesetz von 1949 hat diese Defensiv-Rechte gegen den Leviathan als Grundrechte vorangestellt, zum Schutz des Individuums und zur Sicherung gesellschaftlicher Gruppenbildung vor allem anderen Recht.

Unser Grundgesetz ist sowohl in wirtschaftspolitischer als auch in demokratischer Hinsicht ein kaum überzeugender Kompromiß, der die politische Zielsetzung weitgehend der Praxis überläßt. Es gibt aber keinen Zweifel am dezidiert liberalen Charakter des Grundgesetzes eben gerade durch das Gewicht der Grundrechte.

Grundpflichten

Nachdem es den Politikern der BRD im Laufe der Geschichte dieses Staates gelungen ist, den Aufbau eines Sozialstaates zu verhindern — die einzige Sozialisierung, die wir real verzeichnen können, ist die der Unternehmerverluste —, ist es auch weiter gelungen, die demokratischen Institutionen leerlaufen zu lassen. Dieser Leerlauf geschieht mittels einer prästabilierten Harmonie von Meinungskartell (Springerpresse) und Willenbildungskartell (Große Koalition). Nun wird der dritte Grundwert der Verfassung eliminiert. Unsere Grundrechte funktionieren die Politiker zu Grundpflichten um. Die Grundrechte der Notstandsverfassung lassen sich sinnvoll dann nur so interpretieren:

— Frauen haben das Recht, sich „dienstverpflichten" zu lassen;

— wir haben das Recht, unsere Post geöffnet in Empfang zu nehmen;

— Streiks werden im Rahmen der Unternehmergewinne garantiert; im Zweifelsfall leistet die Bundeswehr Objektschutz.

Die politische Linke der Bundesrepublik, die gegen die fortschreitende Paralyse des Grundgesetzes kämpft, ist reaktionär geworden. Sie versucht den Status quo zu erhalten, während die Berufspolitiker gar nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Die offensive Politik der Linken nach 45, die Sozialisierung, Mitbestimmung, rationale Planung der Wirtschaft intendierte, ist gescheitert und umgeschlagen in den bisher wenig erfolgreichen Versuch, den gesellschaftspolitischen Rechtsruck zu stoppen.

Sage mir, worum die Linke kämpft, und ich sage Dir, welche politische Tendenz Dein Staat hat. Wenn die Linke um einen liberal-kapitalistischen Staat ficht, der letztlich nicht ihr Ziel sein kann —, dann muß die Mitte dieses Staates weit rechts angesiedelt sein. Diese politische Mitte, die durch die 5-Prozent-Klausel ein Kartell gebildet hat (SPD/CDU/FDP), in das jetzt von rechts eingebrochen wird, gibt sich den Schein politischer Mäßigung, demokratischer Beständigkeit und weitgehender Sicherung. Dieser Schein trügt. Bei der Beurteilung der politischen Situation der BRD ist eine der wichtigsten Einsichten, daß die antidemokratische Gefahr nicht von rechts kommt in Gestalt einer politischen Partei (der NPD), sondern daß diese Gefahr — weit gefährlicher — sich in der sogenannten breiten demokratischen Mitte offenbart: sie bildet immobile Proporz-Regierungen, sie verzichtet auf das Parlament als politischem Kontrollorgan, sie besteht aus Parteien, in denen die Willensbildung von unten nach oben abgeschnitten ist und in denen Personalpolitik fast ausschließlich von oben bestimmt wird. Sie arrangiert sich mit der Wirtschaft, indem sie sich der teil-rationalen Kurzsichtigkeit kapitalistischer Marktstrategie unterordnet und die daraus resultierenden Krisen mit ihren Folgen auf die lohnabhängige Bevölkerung abwälzt. Diese anti-demokratische und anti-soziale Politik ist rechte Politik. Sie zielt auf den autoritären Staat mit einem gesicherten politischen Entscheidungsmonopol, gestützt von den Experten der industriellen Gesellschaft aus der Unternehmer- und Finanzschicht. Diese Politik wird betrieben mit den alten, soliden Mitteln der bürgerlichen Demokratie, der Gewaltenteilung, dem Parlament als Organ der politischen Öffentlichkeit, der unzensierten Presse. Daß diese Institute der liberalen, bürgerlichen Demokratie ihrer schleichenden Unterwanderung nichts entgegenzusetzen haben, ist die wichtigste Erkenntnis unserer politischen Situation — und für viele unter uns eine Enttäuschung, die uns in Bewegung nach links gesetzt hat.

Demokratie tendiert naturgemäß zur „Demokratur" (Maihofer), insofern sie sicher nicht ein gewisser Verfassungszustand ist mit angebbaren Institutionen, sondern in erster Linie eine Tätigkeit, und zwar eine gesellschaftspolitische: Demokratie ist die Realisierung der Forderung, jedem Bürger die Mitgestaltung seiner eigenen Tätigkeit zuzumuten, ihm ein Bewußtsein zu verschaffen, das die Nutzung seines Entscheidungsspielraums ermöglicht.

Tendenzen

So gesehen ist Demokratie notwendig tendenziell Sozialismus; das spricht sich aus in unseren Forderungen nach Demokratisierung der Universität, in den gewerkschaftlichen Forderungen nach betrieblicher Mitbestimmung oder in der Forderung nach redaktioneller Autonomie im Zeitungswesen.

Einem Staat, der auf diese Demokratie verzichtet, dem muß die andere, formale, deren staatsrechtliche Institutionen ja nur ein Vehikel für die eigentliche Demokratie sind, auch undemokratisch werden.

Den Berufspolitikern geht es von vornherein nur um die Sicherung der demokratischen Institutionen, und diese Sicherung ist weitgehend gelungen in einem leerlaufenden bürokratischen Betrieb.

Auch die Praktizierung der einfachen Notstandsgesetze wird den Betrieb des demokratischen Leerlaufs nicht behindern. Mit dem Hinweis auf unsere gut, aber sinnlos funktionierenden Institutionen werden unsere „Techniker der Macht" auch weiter sich selbst und der Bevölkerung ein demokratisches Gewissen verschaffen können.

Der kalte Weg zum autoritären Staat ist niemals krisensicher, d. h. er ist nicht sicher vor einer demokratischen Opposition. Zwar ist unser Volk, wie ein Orchester auf den Kammerton a, auf die Wünsche der Bonner Parteien eingestimmt, aber die Demokratie will sich gegen einen möglichen Ausbruch absichern; und eben hierzu ist die Notstandsverfassung geeignet. Wir studieren dies heute schon an Aktionen der APO: insofern sie mit ihrer direkten Demokratie das politische Kartell stören, werden sie heute schon mit Einsatzplänen aus dem Notstandsrecht bekämpft und sind ihre Grundrechte z. T. außer Kraft gesetzt. Warum ist die Universität in besonderer Weise aufgerufen, sich zum Gegner der Notstandsgesetzgebung zu machen, sich auf die Seite der außerparlamentarischen Opposition zu schlagen.

Forts. v. S. 3:

Wir verkörpern das instrumentelle Fachwissen, das zum Erhalt und Ausbau unserer Gesellschaft notwendig ist. Das wirtschaftliche Wachstum hochindustrialisierter Nationen hängt ca. ein Drittel ab vom Faktor Wissen. Es ist eines der dringendsten politischen Erfordernisse, daß wir, deren Wissen den Staat stützen soll, durch politisches Wollen uns selbst und der Gesellschaft einen Rahmen sichern, in dem Demokratie bestehen kann. Die Universität darf nicht gesellschaftlicher Zulieferbetrieb bleiben, der auf beliebige Marktanforderungen sein Akademiker-Stückgut produziert. Die Universität muß in einer von Wissenschaft geprägten Welt ihren Verzicht auf politische Tätigkeit, welcher ja keineswegs unpolitisch, sondern herrschaftskonform bis servil ist, aufgeben. Sie muß selbst die Bedingungen setzen und mitrealisieren, unter denen sie bereit ist, ihr verwertbares Fachwissen bereitzustellen.

Das ist ihr Teil realer Demokratie, das kann ihre Pflicht zum politischen Widerstand sein.

Frankreich – de Gaulle

Während Bonn sich zur 3. und letzten Lesung über die Notstandsgesetze anschickt, wird Frankreich erschüttert von Unruhen, wie sie die Republik seit 1961 nicht mehr erlebt hat; seit jenem Jahr, in dem die „Notverordnungen" der Verfassung von 1958 zum ersten Male in Erscheinung traten.

Ohne die unterschiedlichen sozio-politischen Strukturen aus den Augen zu verlieren, scheint es doch gleichermaßen interessant wie ergiebig, im Hinblick auf Bundesdeutschland die französischen Verhältnisse zu betrachten.

Art. 16 der französischen Verfassung stellt eine dauernde latente Bedrohung der Demokratie dar:

„Wenn die Institutionen der Republik, die Unabhängigkeit der Nation, die Integrität ihres Staatsgebietes oder die Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen schwer und unmittelbar bedroht sind und wenn das regelmäßige Funktionieren der verfassungsmäßigen öffentlichen Gewalten unterbrochen ist, ergreift der Präsident nach förmlicher Beratung mit dem Premierminister, mit dem Präsidenten der Versammlungen wie auch dem Verfassungsrat die von diesen Umständen erforderten Maßnahmen.

Er gibt sie der Nation in einer Botschaft bekannt.

Diese Maßnahmen müssen von dem Willen durchdrungen sein, den verfassungsmäßigen öffentlichen Gewalten in kürzester Frist die Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu verschaffen. Dabei ist der Verfassungsrat anzuhören.

Das Parlament tritt rechtmäßig zusammen.

Die Nationalversammlung darf während der Ausübung der außerordentlichen Vollmachten nicht aufgelöst werden."

Diese Formulierungen sind – darüber herrscht unter den Verfassungstheoretikern der V. Republik Einigkeit – vage und gefährlich. Es bedeutet bei der gegenwärtigen Machtlosigkeit des Parlaments gar nichts, wenn dem Präsidenten das Auflösungsrecht zeitweilig verweigert wird. Seine Maßnahmen können vom Parlament nicht angegriffen werden, es sei denn, es kommt ein übereinstimmender Beschluß beider Häuser des Parlaments zustande, demzufolge der Präsident des Hochverrats anzuklagen ist. Aber daran ist – zumindest in Zusammenhängen wie den gegenwärtigen – nicht zu denken.

De Gaulle hat die Möglichkeit, von seinem Art. 16 – er war einer der schärfsten Befürworter dieses Artikels – Gebrauch zu machen.

Verständlich war zwar auch das Bedürfnis Frankreichs nach einer starken Hand im Lande angesichts der parlamentarischen Wirren der IV. Republik. Es bleibt aber die Tatsache, daß sich in der Person des Präsidenten eine Machtfülle konzentriert, die sich unheilvoll auswirken könnte, ebenso unheilvoll wie der Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung.

Das Prinzip der Mitteladäquanz ist ein äußerst vages Unterfangen, und letztlich hängt es von der Interpretation des Handelnden ab, welche Mittel er ergreift. De Gaulle besitzt also unumschränkte Möglichkeiten. Die Klausel, den Verfassungsrat anzuhören und verschiedene Personen mehr, erscheint im Lichte der anderen Machtbefugnisse eher als Alibifunktion, zumal es sich im französischen Text um eine bloße „consultation" handelt.

Duverger, ein bekannter Verfassungstheoretiker, bemerkt in einer Analyse des Art. 16, daß es allein vom Willen des Präsidenten abhängt, ob Gutes oder Schlechtes mit diesem Verfassungstext getrieben wird.

In der Tat scheint es schwer zu sein, diesen Art. 16 nicht zu mißbrauchen. Noch lassen sich allerdings keine Analogien aufstellen zu den Tagen der Weimarer

und der Notstand

Republik, die Notverordnungen als täglichen Bestandteil der Politik kannte.

In der Diskussion um den Art. 16 wird oft darauf hingewiesen, daß de Gaulle wohl die moralischen Fähigkeiten mitbringt, mit einer Verfassung wie der von 1958 keinen Mißbrauch zu treiben. Darüber sind sich die Verfassungskritiker einig, darüber werden sich die Verfassungsschöpfer von 1958 einig gewesen sein.

Das Resultat zeigt sich in einer Verfassung, die dem Präsidenten weit mehr Macht einräumt, als die vergangenen Republiken Frankreichs sich je hätten träumen lassen.

Es muß sich erst noch zeigen, ob das euphorische Bild von de Gaulle realistisch ist, ob der „Glücksfall de Gaulle" richtig eingeschätzt worden ist.

Mit der Personalisierung wird das Problem jedoch lediglich auf eine Frage verschoben, deren Beantwortung nur aus Hoffnungen und Spekulationen besteht. Was geschieht mit der präsidentiellen Verfassung von 1958, wenn de Gaulle von der politischen Bühne abtritt?

Dann nämlich wird das Problem endgültig institutionell: Was könnte mit einer solchen Verfassung geschehen? Einer Verfassung, die immerhin prinzipiell die Möglichkeit birgt, Minderheiten „verfassungsgemäß" zu unterdrücken?

Was Frankreich Demokratie nennt, hat die Möglichkeit, sich zu bewähren. Der Art. 16 kann als Prüfstein des demokratischen Postulats betrachtet werden – solange nämlich, wie er nicht angewandt wird.

Politische Fallstudien – und mehr kann eine Analyse der V. Republik und ihrer Verfassung in concreto noch nicht sein – sind nützlich zur Illustration von Tendenzen. In diesem Falle verschleiern sie aber eher die Möglichkeiten. Eine Situation, wie Frankreich sie in diesen Tagen erlebt, kann von einem skrupellosen Präsidenten zum Staatsstreich ausgenutzt werden.

Er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte, er ernennt die Regierung, er ist im Besitz der Macht, er entscheidet, wann der Ausnahmezustand eingetreten ist, und welche Maßnahmen zu ergreifen sind: Er wird zum Diktator auf Zeit.

Art. 48 der Weimarer Verfassung war dagegen – im Verständnis einiger französischer Verfassungstheoretiker – noch demokratischer abgesichert, was einen Deutschen bei der unheilvollen Geschichte dieses Ermächtigungsgesetzes recht eigenartig anmutet.

Der Vergleich zeigt aber auch sämtliche Gefahren des französischen Art. 16, Gefahren, die einer Minderheit in Frankreich drohen: Es fehlt eine zeitliche Limitierung; der Präsident hat allein die Verfügungsgewalt; die Formulierung dessen, was Notstand ist und wann er eintritt, ist abstrakt und dehnbar, kurz: Der Art. 16 nimmt – wie Arndt es ausgedrückt hat – dem Notstand die Umrisse, statt ihn zu bekämpfen und zu erfassen.

Wie bei der Diskussion um Notstandsgesetze in Deutschland hat man vergessen, daß es die Aufgabe des Staates ist, Notständen im Keim zu begegnen. Die stillschweigende Prämisse, daß Krisen zwangsläufig entstehen müssen, weil es Krisen gegeben hat – und nichts anderes war der Grund für die Einführung des Art. 16 – zeugt von einem platten, politischen Positivismus.

Ähnliche Argumentationen fehlen auch in Deutschland nicht, man braucht sich nur die Begründungen des derzeitigen Innenministers Benda vorzunehmen.

Noch ist Frankreich diesen Gefahren nicht erlegen. Die Krise der letzten Tage kann als Belastungsprobe zeigen, mit welchen Mitteln eine demokratisch sich definierende Republik – außer zu radikalen Notstandsmaßnahmen zu greifen – fähig ist, Krisen zu begegnen. Möglichenfalls könnte sie gar den politischen Aussagegehalt der Unruhen akzeptieren.

In Deutschland wurde diese Gelegenheit über Ostern weitgehend vertan. Es wird interessant sein, zu sehen, ob Frankreich mit gutem Beispiel vorangeht – obwohl seine Interpretation von Parlamentsform keineswegs zu solchem Zweck geeignet ist.

Trotz allem darf man über den augenblicklichen personellen Gegenspielern nicht vergessen, daß die Personen wechseln, die institutionellen Probleme aber bestehen bleiben, sich evtl. mit personellem Wechsel zuungunsten dessen auswirken werden, was weitgehend Demokratie genannt wird.

Das Beispiel Frankreich zeigt eindringlich – zunächst noch theoretisch – welche Eigendynamik Notstandsmaßnahmen haben können; sollte aber erst bei der praktischen Verifizierung dieser gefährlichen Tendenzen die Aufmerksamkeit erregt werden, wird es wahrscheinlich zu spät sein, den negativen Anschauungsunterricht für sich zu nutzen.

HINTS FOR DISCUSSION

Die Stellung des Assistenten in einer reformierten Hochschule haben Assistenten und ein Regierungsassessor aus dem Bundesforschungsministerium nach intensiven Diskussionen in einer Denkschrift analysiert: Clausen, Frese, Sass, Scharlau, Schmidt, Wilhelmi: Assistenten in einer neuen Universität; Bertelsmann Verlag. Die verarbeiteten Erfahrungen bezogen sie von der Universität Bochum.

*

Der Internationale Vietnam-Kongreß, der am 17./18. Februar 1968 in West-Berlin stattfand, ist jetzt mit seinen Diskussionsbeiträgen und Referaten in einer Broschüre unter dem Titel: „Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus" veröffentlicht worden. Die vom SDS Westberlin und vom Internationalen Nachrichten- und Forschungs-Institut herausgegebene Broschüre umfaßt 175 Seiten und kostet 3 DM. Bestellungen beim „auditorium", Studentenhaus Zi. 6.

*

Über Ernst Benda als „Theoretiker und Praktiker des Obrigkeitsstaates" informiert das neueste Heft (Mai) der „Blätter für deutsche und internationale Politik" neben Beiträgen, die sich mit der Wahl in Baden-Württemberg und den Chancen der Opposition beschäftigen.

*

„Massenpsychologie des Faschismus" von Wilhelm Reich ist wieder erhältlich. Preis: 8 DM. Bestellungen an: Eike Hemmer, 1 Berlin 12, Giesebrechtstraße 2.

AStA-REFERENTEN:

Im Dienste der Studenten



Alexander von Fircks

24 Jahre alt, Student der Betriebswirtschaft im 3. Semester, über den 2. Bildungsweg zur Universität gekommen, daher abgeschlossene Berufsausbildung und mehrjährige Praxis, Mitglied im RCDS, Mitglied des Studentenparlaments seit Januar 1968.

Aus zwei Gründen habe ich mich entschlossen, im AStA als Finanzreferent mitzuarbeiten: Einmal kann ich meine beruflichen Erfahrungen und Kenntnisse der studentischen Selbstverwaltung zur Verfügung stellen. Den meisten Kommilitonen fehlt für alles, was „Soll und Haben" tangiert, jedes Verständnis — und jedes Interesse, sich in diese Materie einzuarbeiten. Da mir diese Dinge Spaß bringen, habe ich sofort das Referat übernommen. Der AStA ist heute aber kein reines Verwaltungsorgan für die Studentenschaft, sondern faßt sich selbst als politisches Organ auf. Da ich seit vielen Jahren in politischen Gremien tätig bin, werde ich auch im Rahmen des AStA versuchen, meine Auffassungen durchzusetzen und die Linie der „progressiven Mitte" zu vertreten.

Claus Hollmann

4. Sem. Jura, 2. Sem. Sportreferent des AStA.

Das Programm, das ich mir für das SS 68 vorgenommen habe, basiert auf vier Schwerpunkten.

1. Ausbau der Angebote im Breitensport, besonders in den sogenannten Lifesportarten Kleinfeldhandball, Fußball, Tennis, Reiten. Hier reichen die Möglichkeiten des IfL nicht aus, um allen Interessenten gerecht zu werden. Die Frequentierung dieser Kurse, ebenso wie die Bildung einer Karategruppe bestätigen, daß der eingeschlagene Weg richtig ist.

2. Vorbereitung der Uni-Wettkampfmannschaften, da ich die Meinung vertrete, daß der „sportliche Student" auch weiterhin ein wichtiger Repräsentant einer Uni ist.

3. Durchführung der akademischen Sportwoche, während der die Hamburger Uni-Meisterschaften stattfinden, ein nationales Reitturnier, sowie Vergleichskämpfe mit acht ost- und westeuropäischen Ländern in verschiedenen Sportarten.

4. Intensivierung der bereits bestehenden sehr guten Kontakte zu den Ostblockstaaten, CSSR und Rumänien, sowie die Aufnahme weiterer Kontakte zu Polen, UdSSR und Ungarn. Da bilaterale Beziehungen zur DDR augenblicklich unmöglich sind, erscheint mir dies allein schon aus dem Grunde nicht unwichtig zu sein, da sich hieraus für uns die einzige Möglichkeit ergibt, Vergleichskämpfe gegen Mannschaften aus der DDR durchzuführen.



Wolfgang Peiner

Sozialreferent, stud. rer. pol. im 2. Semester, vor dem Studium Bundeswehr (Oberleutnant d. R.) und Industrielehre. Alter: 27 Jahre. Mitglied im RCDS.

Das Ressort Soziales im AStA umfaßt im wesentlichen Stipendien-, Wohnheim- und Krankenversicherungsangelegenheiten. In diesen und in weiteren Fragen, die die sozialen Probleme der Studenten betreffen, informiert, berät, vermittelt das Sozialreferat.

Ich betrachte es als ein wichtiges Ziel meiner Arbeit, Gespräche und Zusammenarbeit mit dem Hamburger Studentenwerk, dem Mentor für Wohnheimangelegenheiten an der Hamburger Universität und den Fachschaftssozialreferenten aufrechtzuerhalten und auszubauen, um den informationssuchenden Studenten die Möglichkeiten zu Zuständigkeiten sozialer Hilfen von Fall zu Fall transparent zu machen. Weiterhin wird es mein Bestreben sein, in den studentischen und außerstudentischen Gremien, in denen der Sozialreferent die Interessen der Studentenschaft zu vertreten hat, die spezifisch studentischen Belange wahrzunehmen, d. h. auf Mißstände, soziale Härten und überholte Prinzipien aufmerksam zu machen und für zukunftsweisende Lösungen einzutreten.



Jochen Grote

4. Sem. Jura, Alter 20 Jahre. Die Hochschulpolitik sollte noch immer das für die Studentenschaft wichtigste Arbeitsgebiet sein. Zu viele Probleme sind noch ungelöst. Mitglied im RCDS.

Nachdem nun vom AStA im vergangenen Semester dezidierte Vorstellungen zum Aufbau und der Verwaltung der Universität vor dem Anhörungsausschuß der Bürgerschaft dargelegt wurden, sehe ich es als meine Aufgabe, mich mit den von den Parteien in Kürze vorgelegten Hochschulgesetzentwürfen auseinanderzusetzen und durch Kritik und Diskussion mit den Parteien einen auch für die Studentenschaft tragbaren Gesetzentwurf auszuarbeiten. Ein weiteres Schwergewicht sehe ich in der Neuorganisation der Studentischen Selbstverwaltung, die bisher wegen mangelnder Information, Koordination und Kompetenzverteilung ihre Arbeit nicht effektiv genug gestalten konnte.

Wichtigste Aufgabe scheint mir zu sein, die Studenten durch einen Immatrikulationsführer über den Stand der Hochschulgesetzgebung, die Studiensituation, die Arbeit in — und die Möglichkeiten durch die Mitarbeit in — der studentischen Selbstverwaltung aufzuklären.

Hierzu werden auch noch Informationsveranstaltungen durchgeführt und Flugblattsammlungen mit kommentierten Vergleichen der Vorschläge zur Hochschul- und Studienreform der einzelnen pol. Studentengruppen und der Parteien herausgegeben.

Durch diese und weitere Information soll das Interesse an der Arbeit von AStA, Fachschaften und Studentenparlament geweckt werden, was für die Mitarbeit in den akad. Gremien unerläßlich ist. Wir können nur dann zu einer starken Mitbestimmung kommen, wenn wir genügend sachkompetente Studenten stellen können.

Der folgende Beitrag wurde durch die Zuschrift Dirk Hoerders, der sich z. Z. in den USA aufhält, angeregt. Er versteht sich nicht als eine ‚Widerlegung', da subjektive Eindrücke unwiderlegbar sind. Vielmehr soll ein einseitig gezeichnetes Bild durch weitere subjektiv zu verstehende Erinnerungen belebt werden. Der Verfasser studierte 1964/65 in Austin an der University of Texas.

Adolf Hartmann

Amerika - hast du es besser?

Über das gegenwärtige Ausmaß ziviler Freiheit in der Bundesrepublik und den USA mag man sich streiten, fest steht allein, daß die Heimat des bürgerlichen Ungehorsams, der wir jetzt in Deutschland so heftig nacheifern, eine unvergleichlich längere Tradition der Kritik und der Zivilcourage aufzuweisen hat.

Das Schreckgespenst einer Brave New World läßt sich leicht entwerfen; der nur annähernd glaubhafte Nachweis ihrer Heraufkunft muß jedoch bezweifelt werden. Der Grund für die Leichtigkeit, mit der immer wieder ein so düsteres Bild der amerikanischen Gesellschaft gemalt wird, scheint mir darin zu liegen, daß kaum ein anderes Land der Welt aus derartig heterogenen Bestandteilen zusammengesetzt ist; dem Besucher wird ein außergewöhnlich hohes Maß an Beobachtungsgabe und Ausdauer abgenötigt, um dem Phänomen Amerika beizukommen.

Angenehmer als bei uns ist der Umgang mit einigen Branchen der Bürokratie. Der im Angesicht einer zeitraubenden Immatrikulationshandlung unwillig gewordene deutsche Student ahnt nicht, wie sehr sein amerikanischer Kommilitone verwaltet wird. Dennoch ist der Prozedur der Stachel genommen: Es ist der freundliche Umgangston der Bürokraten, welcher den Lochkartenroboter unauffällig hinter verschlossenen Türen arbeiten läßt. Ist dies die Vision von 1984? Ich stelle sie mir wahrlich niederschmetternder vor.

Es gibt nichts Anregenderes als einen reading course, in dem alle Teilnehmer eines Seminars über ein ausgewähltes Thema gemeinsam kontroverse Literatur lesen. Für den Hinterbänkler einer deutschen Universität — unsere Seminare bestehen nur aus Hinterbänklern — gäbe es keine Chance und keine Gnade ... Wehe, wer als Graduierter die Kopie einer Rezension als sein eigenes Werk ausgäbe. Eifrige Recherchen an der autorisierten Literatur helfen dem wenig, der nicht (zusätzlich!) zu einer eigenständigen Meinung zu gelangen vermag. Dies sollte doch auch den Studenten höherer Semester in Deutschland abverlangt werden.

Eines hat man uns drüben sicher voraus: Dem amerikanischen Erziehungsgedanken liegt ein adäquates Menschenbild zugrunde, und aller Wahrscheinlichkeit nach entläßt die dortige Universität (mit dem MA., nicht dem BA. will mir scheinen) einen höheren Prozentsatz an in analytischem Denken geschulter kritischer Studenten als unsere Alma Mater. Bestimmt fühlt sich der Studierende dort in seinem System recht gut aufgehoben, nicht weil er mit sweetheart contests, opperettenhaften campus activities, football und dem Kampf um eine den eigenen Leistungen angemessene fraternity oder sorority verdummt wird, sondern weil „die so schafsköpfige amerikanische Gesellschaft" ein der Gesamtsituation angemessenes Ausbildungswesen hervorgebracht hat.

Wo viel Licht, da ist auch viel Schatten. Die blinden Flecken im Bewußtsein mancher Amerikaner erlebte ich, als das heitere Gespräch mit verschiedenen graduierten und promovierten Soziologen bei der Nennung des Rassenproblems frostig wurde.

Man ist im Lande ohne „Schlösser und Basalte" nicht gar so intolerant, wie es uns der erwähnte Bericht glauben machen wollte. Die Vorlesungsrezensionen, welcher ein amerikanischer akademischer Lehrer zu verkraften hat, sind sehr freimütig abgefaßt, die Fragebögen, welche zuvor ausgegeben werden, zeichnen sich durch große Wißbegierde aus. Die Fluktuation unter der Professorenschaft ist beträchtlich, nicht nur aus Berufungsgründen.

Uwe Wandrey

Die politische Potenz des Sex

Auf dem Weg zu einer sexuell befreiten Gesellschaft

Die herrschenden Gruppen bürgerlich-reaktionärer Prägung, aber auch Sozialisten neigen dazu, die allgemeine „sittliche Enthemmung" jeweils in ihrem Sinn als eine Ursache für politischen Rückschritt zu betrachten.

Fürchten die Herrschenden mit der Enttabuisierung des Geschlechtslebens den Sturz auch politischer Tabus, so glauben viele Linkstraditionalisten („die Revolution wird nicht im Bett gemacht"), daß die Befreiung und „Veröffentlichung" des sexuellen Lebens von der „Pflicht, die Revolution zu machen", ablenke.

Auch in der Bundesrepublik ist häufig die Rede von einer völlig freien Entfaltung des Sexuellen in der Öffentlichkeit, von der totalen Enttabuisierung des Geschlechtslebens, von der freien Liebe usw. Viele Linksorientierte lehnen öffentlichen Sex ab. Sie halten den in Werbung, Produktion und Kulturbetrieb auftretenden Sex für notwendig system-unterworfen, stellt er doch das herrschende kapitalistische System nicht in Frage, sondern steigert vielmehr Konsumbedürfnis, Kaufreiz, Umsatz und vor allem die politische Indifferenz der Käuferschichten.

Indem sie im Sex ein Moment reaktionärer Tendenzen zu erkennen glauben, halten sie „freie Liebe" nur in einer befreiten Gesellschaft für realisierbar.

Ihre Ablehnung beruht jedoch auf einer falschen Voraussetzung: Revolution scheint ihnen ein punktueller, einmaliger Akt, der durch Veränderung der Eigentumsverhältnisse zwangsläufig das Bewußtsein revolutioniere.

Realistischer ist jedoch ein Revolutionskonzept, nach dem vor der ökonomischen Umstrukturierung einzelne Bereiche freien gesellschaftlichen Verhaltens durch Teilumwälzungen antizipiert werden.

Auf dieser Vorstellung beruht die Überzeugung von der politischen Potenz des Sex.

In der Tat steht heute Sex „im Dienst" wirtschaftlicher und politischer Macht. Die Sexualisierung der Öffentlichkeit bestimmt zweifellos in steigendem Maße das sexuelle Verhalten der Bevölkerung, jedoch, wie sich zeigen wird, nicht notwendig im Sinne einer Befreiung. Es besteht kein Anlaß, anzunehmen, daß die allgemeine sexuelle Freiheit ihren Einzug halte. Lediglich eine wirtschaftliche, geistige und künstlerische Elite führt, abseits vom Volk, ihr vom bürgerlichen Vorurteil nicht belastetes Liebesleben. Es bedarf der Erkenntnis, daß die kapitalistisch engagierte Sexualität (Werbung, Fabrik- und Büroerotik, Vergnügungsstätten) durch lancierte Reizung starke sexuelle Bedürfnisse hervorruft und deren Befriedigung verspricht, die dem Angesprochenen gewöhnlich nicht in der angegebenen Qualität und Quantität geboten wird. Es wird ein erotisches Wirklichkeitsbild suggeriert, welches sich von den realen Möglichkeiten stark unterscheiden muß. Der Käufer, der mit dem sexuell frei anmutenden Image der Ware unbewußt die sexuelle Freiheit selbst zu erlangen wünscht, wird durch immer neu auftretende Reize ständig wieder zum Kauf bewegt und immer wieder frustriert. Dieser sich wiederholende Mißerfolg führt jedoch gerade deswegen zu keinem rationalen Lernprozeß, da die gesellschaftlich indoktrinierte sexuelle Bedürftigkeit den Erkenntnistrieb laufend unterdrückt. Also: die sexuellen Tabus der Gesellschaft sind die Bedingungen für den sexuellen Käuferreiz.

In dem Maße, wie die Enttabuisierung des geschlechtlichen Verhaltens voranschreitet, wird die Werbewirksamkeit des Sex zurückgehen. Es gilt also zunächst, den angelaufenen Prozeß allgemeiner Sexualisierung dahingehend umzupolen, daß er zu echter sexueller Freiheit der Gesellschaft und nicht nur zu oberflächlicher und frustrierender Reizbeanspruchung führt. Die durch Literatur und Kommunikationsmittel, vielmehr aber durch echte Aktionen und Provokationen einleitbaren Bewußtseinsveränderungen auf breiter Basis (hippy power nicht als bewußtloses Reigenspiel mit Blümchen, Kleidung, „unzüchtiges" öffentliches Verhalten u. ä.) hätten vor allem die sexuellen Tabus der Promiskuität, der sogenannten Perversion, der Homosexualität, der pubertären und vorpubertären Sexualbedürfnisse zu beseitigen. Hauptziel ist hierbei die grundsätzliche, legale Befreiung vom Zwang in der christlich-bürgerlichen Ehe bzw. deren Auflösung. Immer noch stellt die Ehe die kleinste Einheit der bürgerlichen Gesellschaft dar: Ihre Bindekräfte sind vor allem materielles und personales Eigentum und Elternschaft. Die gesetzliche und moralische Erziehungsverpflichtung der Eltern — oft nur für ein einziges Kind — und die Bindung fast aller physischen und psychischen Intensitäten an die Familiengemeinschaft zur Erledigung scheinbar wichtiger Lebensbedürfnisse stellen, im Zeitalter der Arbeitsteilung und Automation, ein äußerst unrationelles und im eigentlichen Sinn asoziales Stück Realität dar. Die meisten Familien heutiger Industriegesellschaften erfüllen sich in Berufstätigkeit, Kindererziehung und in einer meist durch finanzielle und gesetzliche Notlage bestimmten Freizeit-Konflikt-Gemeinschaft. Tradition, Moral, Konfession, Standesdenken, aber besonders die Interessen der Herrschenden lassen den Ehepartner nicht an der Ehe selbst, sondern immer an seiner eigenen Untauglichkeit zur Ehe zweifeln. Nicht etwa sucht er die Gründe seines Konflikts im rational faßbaren Kontext von gesellschaftlichen Zwängen und unternimmt es, sie für sich oder kollektiv zu beseitigen, sondern unterliegt im allgemeinen seinem „Schicksal". Ehepartner, aber ebenso eine große Mehrheit nicht verheirateter, doch nach ehebürgerlichen Vorstellungen lebender Liebespartner sind im seelischen und existentiellen Innenraum (im mehrfachen Sinn des Wortes) verhaftet, ihre Energien gebunden. Gesamtgesellschaftliche Belange werden passiv erledigt und unreflektiert und bloß reagierend hingenommen; sozial und politisch wichtige Entscheidungen werden den Verwaltungsapparaten überlassen. Der soziale Impetus des Einzelnen verkommt in der traditionellen, auf Zweierbindung angelegten Liebesgemeinschaft.

Die Auflösung der bürgerlichen Ehe hätte den allmählich bewußt werdenden Öffnungsprozeß auf die umgebende Gesellschaft hin zur Folge. Auf dem Weg zu einer sexuell befreiten Gesellschaft muß der Mensch als „zoon politikon" notwendig auch gesamtsexuell gesehen werden.

Die Befreiung von sexuellen Zwängen gibt Interessen und Aktivität für gesellschaftliche Probleme frei und macht die Bewußtwerdung auch aller nicht-sexuellen Repressionswirkungen und deren Bekämpfung möglich. Die empfindlichste „Stelle" der Person muß zum Hebelpunkt gesellschaftlicher Veränderungen gemacht werden. Sexualität vermag viel eher als der nur in sehr kleinen Minderheiten repräsentierte Intellekt (z. B. in auflagenschwachen linken Periodica) Träger einer volksweiten Solidarisierungsbewegung zu werden. Die sexuelle Revolution, im besprochenen Sinn also die Vergesellschaftung der Sexualität, führt zwangsläufig in einem noch zu beschreibenden Sinn zur Aufklärung über gesellschaftliche Strukturen schlechthin. Im Zusammenhang mit anderen revolutionären Tendenzen kann sie, historisch betrachtet, d. h. in der Spätphase des Kapitalismus und in der Epoche fortgeschrittener Industrialisierung und Automation, als Teilrevolution die Führungsrolle übernehmen.

Dem Sex kommt die Funktion subversiver Zersetzung zu: Er versucht die Erschütterung und Umwälzung an der Trieb-Basis einer inhumanen, weil sexual entfremdeten Gesellschaft. Daher ist die Bewußtmachung der Notwendigkeit einer echten Enttabuisierung des Sexuallebens und die exemplarische, öffentliche Durchführung und Darstellung erstrebter Freiheiten der erste Schritt zu einer zwangsbefreiteren Gesellschaft.

Dreaming of a white Christmas

Peter Münder

England am Vorabend der studentischen Revolte?

Eine Betrachtung der sich verändernden politischen Szenerie Englands muß zu einer Reflektion führen über „reine" und „repressive" Toleranz. Die Neutralisierung von Gegensätzen, ohne die der politische Alltag Englands undenkbar schien, ist aufgehoben; gegensätzliche Standpunkte sind plötzlich sichtbar geworden und werden immer häufiger unter Anwendung physischer Gewalt vertreten. Eine solche Transparenz gegensätzlicher Positionen förderte:

1. Die Vietnam-Demonstration vom 17. März (am Grosvenor Square, London), die durch brutalen Polizei-Terror zerschlagen wurde. Wie nach dem 2. Juni 1967 in der Bundesrepublik ein Politisierungsprozeß innerhalb der deutschen Studentenschaft einsetzte, erwachten die englischen Studenten aus ihrem Dornröschen-Schlaf.

2. Enoch Powells Rede über das englische Rassen-Problem, gehalten am 21. April in Birmingham.

Diese Rede wurde von vielen Engländern positiv aufgenommen; von den ca. 80 000 Briefen, die Powell täglich erhielt, waren nur wenige ablehnend. Diese Rede löste gleichzeitig eine Kettenreaktion von Pro- und Anti-Demonstrationen aus. Auf Powells Vorschläge zur Lösung des Immigranten-Problems soll daher näher eingegangen werden. Die Immigration farbiger Staatsbürger aus Commonwealth-Ländern hatte zur Folge, so Powell, daß Engländer sich in ihrem eigenen Land als Fremde betrachten müssen: „They found their wives unable to obtain hospital beds in childbirth, their children unable to abtain school places, their homes and neighborhoods changed beyond recognition, their plans and prospects for the future defeated." 3) Eine Lösung des Problems wäre durch zwei einfache Maßnahmen zu erreichen, meint Powell. „By stopping, or virtually stopping further inflow, and by promoting the maximum outflow." 2) Höhepunkt seiner Ausführungen ist eine Vision, die Erinnerungen an Goebbelssche Rhetorik wachruft: „As I look ahead I am filled with foreboding. Like the Roman, I seem to see the River Tiber foaming with much blood." 3)

Anti-Powell-Demonstranten (Studenten), die gegen diese Rassenverhetzung protestierten, wurden von Pro-Powell-Demonstranten verprügelt, die von „weißen Weihnachten" schwärmen. Was bisher nur in Berlin möglich schien, Studentenbeschimpfung als Taugenichtse, die sich als Parasiten betätigen und von Steuergeldern anderer leben, ist in London nicht mehr unmöglich. Die Stimmen werden immer lauter, die fordern, politisch aktiven Studenten sollten die Stipendien gesperrt werden.

Auf den ersten Blick scheint es, als wäre die wirtschaftliche Rezession allein für diese „radikalen" Tendenzen verantwortlich. Die Aggressionen, die hier plötzlich freigesetzt werden, lassen erkennen, daß die an Minoritäten praktizierte Toleranz auf die Stabilisierung der Machtposition derjenigen, die sich diese Toleranz „leisten" können, hinzielt. Es ist offensichtlich, wann der Umschlag zur Intoleranz erfolgt: zu dem Zeitpunkt, da diese Machtposition gefährdet ist und Privilegien in Frage gestellt sind. Kritik an der Politik der Herrschenden wird von diesen eben nur so lange geduldet, wie sie sich auf Verbal-Kritik beschränkt. Es paßt ins Bild, daß diese Verbal-Kritik auch von Massen-Blättern toleriert wird. So hatte der „Daily Mirror" (Auflage ca. 8 Millionen) Tariq Ali, dem Anführer der Vietnam-Demonstration, eine halbe Titel-Seite zur Artikulierung seiner Ziele zugestanden. Wird Verbal-Kritik jedoch zum massiven Protest, zur Massen-Demonstration, zeigen die Herrschenden ihr wahres Gesicht: der Protest wird dann brutal zerschlagen, wie der 17. März gezeigt hat.

Wie ist nun die kollektive Intoleranz gegenüber farbigen Immigranten zu erklären? Warum waren bei den verschiedenen Nachwahlen gerade die Abgeordneten am erfolgreichsten, die sich mit den Ansichten Powells identifizierten? Die Aggressionen, die nun „freigelegt" sind, wurden durch die wirtschaftliche Rezession zwar verstärkt, wurden von dieser jedoch nicht verursacht. Es zeigt sich, daß die vorher praktizierte „Toleranz" gegenüber einer farbigen Minderheit nichts anderes war als das Verdrängen latent existierender Aggressionstriebe. Die Reaktion von Arbeitern auf studentischen Protest gegen diese „Befriedigung" der Aggressions-Triebe an Immigranten spricht dafür, daß die Studenten als Inkarnation eines kollektiven Schuldgefühls zu betrachten sind, das (unter Anwendung von Gewalt) verdrängt wird, um die Sättigung des aggressiven Triebwunsches nicht zu gefährden.

Die hier beschriebenen Beispiele von Intoleranz gegenüber politischen und ethnischen Minoritäten machen deutlich: 1) Die Intoleranz der Herrschenden wird erst dann transparent, wenn deren Machtpositionen gefährdet sind. Die von den Herrschenden verkündete und praktizierte Toleranz ist also zu verstehen als „ein parteiliches Ziel, ein subversiver, befreiender Begriff und als ebensolche Praxis". 4)

2) Kollektive Intoleranz gegenüber rassischen Minoritäten ist zu verstehen als Resultat eines psychischen Prozesses. Sie ist das Resultat der Verdrängung von angestauten Aggressionstrieben, die sich plötzlich entladen. Diese kollektive Intoleranz verspricht „ein Mehr an Triebbefriedigung und eine Minderung der Angst durch höheres Prestige in der Gesellschaft als ganzer". 5)

Toleranz, die auch dann praktiziert wird, wenn eigene Privilegien oder Machtpositionen bedroht sind, ist nur denkbar, wenn Gewaltverzichte geleistet werden. Diese Toleranz wird solange utopisch sein, wie manipulative oder repressive Gewalt zur Anwendung kommen. Sie würde dann implizieren „Intoleranz gegenüber den herrschenden politischen Praktiken, Gesinnungen und Meinungen". 6)

Anmerkungen

1)—2) Sunday Times; 21. April 68, S. 1
3) S. T.; S. 2
4) Herbert Marcuse: Repressive Toleranz. In: Wolff, Moore, Marcuse: Kritik der reinen Toleranz. Frankfurt 1965, S. 93
5) A. und M. Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern. München 1968, 267.
6) Marcuse, S. 93.

Stephan Leibfried

Autonomie und Anpassung (I)

Notizen zur Steuerung von überregionalen Wissenschaftsorganisationen

Wie die längst abgedankte Autonomie und Freiheit von Wissenschaft durch beredte Proklamationen verschleiert zu werden pflegt, so treten auch die Organisationen wissenschaftlicher „Selbstverwaltung" mit betonten (fiktiven) Autonomieansprüchen auf; und zwar gerade in überregionalen Gremien wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

Hier soll kurz den organisatorischen Vermittlungen nachgegangen werden, die bereits im Bereich der überuniversitären, zentralen, wissenschaftspolitischen Organisation die Steuerung von Forschungsprozessen gewährleisten.

In der organisatorischen Analyse der Wissenschaftsformation kann die Behauptung der klassenorientierten Struktur dieser Steuerungszentren substantiiert werden.

Wissenschaftliche Umschlagplätze

Der entscheidende Ansatzpunkt für die Einwirkung partialer Interessen auf die Wissenschaften bietet sich in den Gremien der allgemeinen Wissenschaftspolitik und -förderung, wie: Deutsche Forschungsgemeinschaft, Wissenschaftsrat, Westdeutsche Rektorenkonferenz ...

Als hauptsächlich koordiniert-zentralisierte Umschlagplätze privatkapitalistischer Einwirkung fungieren neben den normalen Organisationen, wie z. B. die Arbeitgeberverbände, der Deutsche Industrie- und Handelstag, spezielle, auf die Wissenschaften zugerichtete Organisationen wie der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft und der Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft. Staatlicherseits gliedern sich die ihre Interessen forcierenden Bürokraten in Landeskultusministerien, Bundesforschungsministerium und andere Bundesministerien, die man im Einzelfall als „interessierte Seite" — je nach Forschungsgebiet — ansprechen kann (z. B. Verteidigungsministerium, Ministerium des Innern, - für Wirtschaft .. — diese sind z. B. im Kuratorium der DFG vertreten).

Die DFG ist d i e zentrale, überregionale Instanz der Forschungssteuerung: Sie bezeichnet sich in ihrem 1966er Jahresbericht als „überregionaler sachverständiger Vortrupp der Forschung" (S.10). Sie ist — wiederum nach eigener Aussage — durch ihre im wesentlichen von Bund und Ländern (je 67,5 Mill. DM 1966), zu einem geringen Teil direkt durch Konzernspenden (15 Mill. DM 1966) gedeckte Forschungsfinanzierung (1966 in Höhe von 189 Mill. DM) „der maßgebende Rückhalt der Forschungen in den von den Ländern finanzierten Hochschulen, aber auch in vielen Bundes- und Landesforschungsanstalten geworden" (V, 10). Die Distribution der Mittel, die Entscheidung über Präferenzstrukturen für Forschungsvorhaben erfolgt nun durch verschiedene Organe der DFG, bei denen es je verschiedene Beteiligungsquoten der Staatsbürokratien und der privat-kapitalistischen Wirtschaftsgruppen gibt. Das Ausmaß an Beteiligung dieser Interessen — und vice versa der Nichtbeteiligung der Wissenschaftler selbst — korreliert mit dem Gewicht der Steuerungsbefugnisse des jeweiligen Gremiums.

Äußere Struktur der DFG

Die Basis dieser als Verein firmierenden Organisation bildet die Mitgliederversammlung — Mitglieder sind im wesentlichen nur die Hochschulen der Bundesrepublik, die auf der jährlichen Mitgliederversammlung einen Teil der Organe des Verbandes wählen dürfen. Während im Präsidium, der Repräsentationsspitze der DFG, vier als Akademiker ausgewiesene Verwalter mit einem Vertreter des Stifterverbands sitzen, finden sich im Hauptausschuß, der laut Verbandssatzung „für die finanzielle Förderung der Forschung zuständig ist", 15 wissenschaftliche Mitglieder, 12 Vertreter der Staatsbürokratien und zwei direkte Repräsentanten des Kapitals. Im Kuratorium, das den Haushaltsplan der DFG genehmigt, arbeiten 33 als Wissenschaftler firmierende Mitglieder mit 17 Repräsentanten der Staatsbürokratien und 5 direkten Vertretern der Konzerninteressen — die über den Stifterverband organisiert sind — zusammen. Im Ausschuß für angewandte Forschung, der die mittel- und langfristige Forschungsplanung für die DFG auf dem Gebiet der Natur- und Ingenieurwissenschaften betreibt — also Gebiete, deren augenblickliche ökonomische Relevanz offen zu Tage liegt — und gleichzeitig als Orientierungspunkt für Maßnahmen des Parlaments, der Verwaltung und der wirtschaftlichen Instanzen gilt, aber einem der in der materiellen Kompetenzhierarchie wichtigsten Gremien — finden sich als Mitglieder „je 9 Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft und der staatlichen Verwaltung" (V 55). Nimmt man als (groben) formalen Index von Arbeitsintensität die Häufigkeit der Tagungen dieser Gremien, so lassen sich zwei Gruppen unterscheiden: die Mitgliederversammlung und das Kuratorium mit je einer Sitzung pro Jahr; das Präsidium, der Hauptausschuß und der Ausschuß für angewandte Forschung (incl. Unterausschußsitzungen) mit je vier oder mehr Sitzungen pro Jahr (Basis-Jahr: 1966). Hauptausschuß und Ausschuß für angewandte Forschung, die beiden am intensivsten — und offensichtlichsten — kartellierten Gremien, halten dabei die Spitze. Vieles spricht dafür, daß die materiellen Entscheidungskompetenzen ähnlich verlaufen, der Eindruck, daß der Einfluß der Konzerne und Staatsbürokratien wächst, je näher ein Organ an tatsächlichen Entscheidungen beteiligt ist, dürfte sich also bestätigen.

Selbstverwaltung als Karikatur

Diese Vermutung wird auch durch den Bundesforschungsbericht II von 1967 bestätigt. Nach einer Skizzierung der Relevanz der DFG insgesamt heißt es dort: „Außerdem stellt der Ausschuß für angewandte Forschung ... eine Plattform für einen kontinuierlichen Meinungsaustausch von Vertretern der Wissenschaft, der Wirtschaft und des Staates dar, die für

alle Beteiligten eine große Zahl von Anregungen für die weitere Arbeit gebracht hat. Auf Anregungen dieses Ausschusses geht außerdem eine Reihe von Gemeinschaftsprojekten zurück, die für die Hochschul- und Industrieforschung gleichermaßen von Bedeutung sind" (S. 61).

Stellt man für alle diese Gremien zum einen die Wahlmodi in Rechnung, die den wissenschaftlichen Mitgliedern Wahlgrenzen von vier Jahren für den Ausschuß für angew. F., drei Jahren im Kuratorium, ein Jahr im Hauptausschuß setzen, während die Vertreter der Staats- und Wirtschaftsinteressen in ihrer Mitgliedschaft in diesen Gremien zeitlich nicht limitiert sind, und bedenkt man zum anderen, daß die Konzern- und Staatsvertreter im Gegensatz zu Kunsthistoriker-, Jura- oder Geographieprofessoren etwas hinter sich haben, nämlich konzentrierte wirtschaftliche und politische Macht, einschließlich erweiterter Informationsmöglichkeiten und größerer bürokratischer Arbeitsstäbe, so erweist sich die Selbstkennzeichnung der DFG als „wissenschaftliches Selbstverwaltungsorgan" als Karikatur, die nur den Betroffenen, den verwalteten Wissenschaftlern, die an der Prioritätensetzung nicht zureichend beteiligt sind, subjektiv als Kompensation dienen mag.

An diesem Verband, der DFG, zeigt sich eine typische Verflechtung der interessierten finanzkräftigen Staats- und Wirtschaftsinstanzen — die ja gleichzeitig Großabnehmer wissenschaftlicher Erkenntnisse (anders als die Gewerkschaften) darstellen — mit den wissenschaftlichen Einrichtungen, die, — da privatrechtlich organisiert — die wissenschaftspolitische Willensbildung weitgehendst unöffentlich mediatisieren.

Kartellierte Interessen

Diese Einflechtung von kartellierten Interessen in Wissenschaftsgremien — privat, daher uneinsichtig organisiert — soll Garant sein für eine kohärente Steuerung des gesamten Wissenschaftsprozesses. Das kann dem Bundesbericht Forschung I (S. 122) wörtlich entnommen werden: „Koordinierende Wirkung hat auch der Umstand, daß Vertreter des Bundes, der Länder und der Wissenschaft jeweils mehreren Gremien (wie den neu gebildeten Verwaltungsausschüssen für die DFG und die MPG) angehören, so daß die Arbeiten dieser Gremien untereinander verbunden werden."

Der vereinsrechtliche Organisationstypus enthüllt sich hier wie anderswo im Bereich kultureller und wissenschaftlicher Organisationen als längst (objektiv) aufgehoben. Nicht die Mitgliederversammlung setzt die Präferenzstrukturen für die DFG, sondern die Etikettierung als e. V. verbirgt in Wirklichkeit den von privaten Zielsetzungen entbundenen, hauptamtlich von einigen Verwaltungsfunktionären gesteuerten Betrieb; von Verwaltungsfunktionären, die selbst wiederum nicht an den Mitgliedern mit ihren Entscheidungen sich zu legitimieren hätten (täten sie es de jure, was anzunehmen ist, so können sie bei dem Maß an Arbeitsintensität nur akklamieren), sondern am Interessenhorizont des als Mitglied gar nicht erfaßten Staats-, Wirtschafts- und Wissenschaftsestablishments.

Literatur:

I. Nitsch/Offe/Gerhardt/Preuß: Hochschule in der Demokratie, Berlin/Neuwied 1965.

II. U. K. Preuß: Zum Organisationsrecht kultureller Institutionen (noch unveröff.).

III. Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschulen. (Hrsg. S. Leibfried) Köln 1967.

IV. Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Hochschulwesen in Westdeutschland, Protokoll einer wissenschaftlichen Konferenz, veranstaltet vom Institut für politische Ökonomie und vom Institut für Philosophie der Technischen Universität Dresden (Hrsg. M. Heidler) Berlin 1966.

V. Bericht der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1966.

VI. Bericht des Vorsitzenden über die Arbeit des Wissenschaftsrates 1961 bis 1964, erstattet von Professor Dr. Ludwig Raiser, Köln/Opladen 1965.

VII. Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft, Bericht 1957/67.

VIII. Bergmann/Dutschke/Léfèvre/Rabehl: Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek bei Hamburg 1968.

IX. S. Liebfried: Die angepaßte Universität. Zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik und den USA. Frankfurt 1968.

Im Heft 55 fortgesetzt:

Der Wissenschaftsrat: Seine Steuerungsmechanismen und Interessenverflechtung

NEWS & CURIOSA

Justizsenator Schulz hatte für den 16. 5. 68 das Studentenparlament zu einer Diskussion eingeladen. Von 80 kamen 14. Das aber war dem Senator zu geringe Teilnahme, wie es schien, denn er weigerte sich nun, die Veranstaltung stattfinden zu lassen. Den Einwand der Anwesenden, mit kleineren Gruppen lasse es sich besser diskutieren, außerdem seien gerade die qualifizierten Mitglieder erschienen, konterte Schulz mit der Behauptung, es bestünde offenbar kein Interesse.

Antrag des SDS in der folgenden Parlamentssitzung: Das Parlament möge beschließen, Justizsenator Schulz wegen seines Verhaltens massiv an den Ohren zu ziehen.

*

Auch an der Universität Bochum konstituiert sich eine Kritische Universität. Ein vorbereitendes Seminar mit 400 Teilnehmern legte der Vollversammlung eine erste Arbeit vor: Eine 76 Seiten starke Analyse der Springer-Zeitungen. Das Ergebnis, Forderung nach Anzeigengenossenschaften und Auflagenbeschränkung, soll mit an Fabriktoren verteilten Flugblättern auch unter das Volk gebracht werden.

*

Die Abscheu gegen unrasierte Studenten ist auch unter ordinierten Staatsbürgern verbreitet. Prof. Flasche (Rom. Seminar) nimmt z. B. nur Examenskandidaten an, die gut rasiert sind. Bärtige Kommilitonen werden schon in seinem Vorzimmer abgefangen und nach Hause geschickt. „Zweifelhaft" ist auch die Haltung Prof. Flasches in bezug auf die Kompetenz der Fachschaft Romanistik für deren eigenes schwarzes Brett. Er hat einen Juristen beauftragt, ein Gutachten über diese „strittige" Frage auszuarbeiten.

NEWS & CURIOSA

Rektor und AStA
der
Universität Hamburg
laden ein zum

Sommerfest 68

Rund um den Von-Melle-Park

am 15. 6. 1968, ab 20 Uhr

Karten an der AStA-Theaterkasse
Studenten mit Ausweis 6,- DM
Nichtstudenten 10,- DM

REZENSIONEN

Hans Albert: Marktsoziologie und Entscheidungslogik; Studienausgabe, 32,– DM, Soziologische Texte Bd. 36; Luchterhand Verlag

Es gehört heute zu den Untugenden mancher Verlage, Bücher zu eminent wichtigen Themen auf den Markt zu bringen, die die Konsistenz ihres Inhalts nur notdürftig mittels Vorwort, Einführung oder Einleitung bewerkstelligen können. Doch ist es wohl weniger den Verlagen als vielmehr den Autoren anzulasten, wenn sie ihre verstreuten Aufsätze bedenkenlos zu einem „Werk" kompilieren. Der vorliegende Band der ST von Hans Albert gehört zu dieser Sorte. Albert, einer der streitbarsten Neopositivisten, der sich besonders durch seine Attacken gegen die Dialektiker hervorgetan hat, hätte derlei Surrogat kaum nötig zu offerieren. Was er der Volkswirtschaft an kritischen Einsichten in bezug auf ihr wissenschaftstheoretisches Fundament, ihr Verhältnis zur Soziologie und ihre ideologischen Implikationen zu vermitteln vermag, zeugt von unbestrittener Kompetenz auf diesem Grenzgebiet innerhalb der Sozialwissenschaften. Doch ist es eben überaus bedenklich, daß Wissenschaftler, an deren Produktivität kein Zweifel ist, sich nicht entschließen können, die fragmentarisch veröffentlichten Ergebnisse ihres Forschens nicht in einer geschlossenen Arbeit zu integrieren. Das ist ein Manko, an dem auch der mühsam Konsistenz suggerierende Titel dieser Aufsatzsammlung, die das Buch letztlich bleibt, nichts zu ändern vermag. —rie

Theodor Ebert: Gewaltfreier Aufstand – Alternative zum Bürgerkrieg. 32,– DM, Rombach Verlag

Ebert stellt als Kampftechnik dem „agitatorischen Terror mit dem Ziel eines revolutionären Guerillakrieges" die „gewaltfreie Aktion mit dem Ziel des gewaltfreien Aufstandes" gegenüber, um sich zur letzten zu bekennen.

Dabei macht er klar, daß nicht alles, was – zumeist von den Herrschenden – als „Gewalt" apostrophiert wird, auch dem Begriff der Gewaltsamkeit zuzuschlagen wäre. Folglich trennt er die „gewaltfreie" von der „gewaltsamen" Aktion.

In faktenreicher Analyse wird die Geschichte des Protestes und seiner Formen, soweit gewaltfrei, aufgerollt. Der Unabhängigkeitskampf Indiens und Ghanas, die Campaign for Nuclear Disarmament (CND) in England, die Kampagne der sizilianischen Bauern und Fischer für Entwicklungshilfe, der Kampf gegen die Apartheid in Südafrika und die amerikanische Bürgerrechtsbewegung.

Leider kommt die Erörterung nicht dazu, jenseits des Deskriptiven die Voraussetzungen und damit die je spezielle Möglichkeit und Wirksamkeit der Aktionen zu durchdringen.

Ein Buch immerhin, das eine Lücke füllt, das zur Reflexion über Protestaktionen in der heutigen geschichtlichen Situation anzuregen geeignet ist. -ch

Fritz Vilmar: Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Eine sozioökonomische Analyse des Militarismus in unserer Gesellschaft; Sammlung res novae Bd. 38, 19,80 DM, neu bearbeitete und erweiterte 3. Aufl., Europäische Verlagsanstalt

Seit dem Vorschlag Chruschtschows Anfang der 60er Jahre in der Uno, die riesigen Destruktionsmaschinerien bis zur letzten Pistole abzubauen, gehört die Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen der Abrüstung im Spätkapitalismus zu jenen, an denen sich die historische Überfälligkeit der westlichen Gesellschaftssysteme sinnfällig demonstrieren läßt.

„Ist die Aufrechterhaltung überdimensionaler Rüstungen, die Verhinderung erfolgreicher Abrüstungsverhandlungen gar eine Lebensbedingung des Spätkapitalismus?" Vilmar macht es sich nicht leicht, um auf diese Frage eine befriedigende Antwort zu geben: zunächst gibt er das statistische Material an die Hand, aufgrund dessen die funktionale Rolle der Rüstung sowohl gesamtgesellschaftlich wie auch volkswirtschaftlich erst vollends ermessen werden kann. Diese quantitativen Informationen geben die Grundlage ab für seine Analyse der Rüstungswirtschaft in der BRD. Es folgen Kapitel, die über die Auswirkungen militaristischer Politik auf Erziehung und Ideologie, über herrschende militärpolitische Legitimations-Ideologeme, über den Zusammenhang von Rüstungswirtschaft und Anwachsen des Hungers im Weltmaßstab informieren.

Aber Vilmar analysiert nicht nur, er macht auch Lösungsvorschläge, die das Umstellungsproblem von Rüstungswirtschaft auf zivile Sektoren wirtschaftstheoretisch zu bewältigen suchen. —l

Weltfrieden und Revolution. Neun politische Analysen; hrsg. von Hans-Eckehard Bahr, 10,80 DM, Rowohlt Paperback.

Wenn man Bahr glauben darf, sind alle an politischen Prozessen Beteiligten an einer Gestalt des Friedens interessiert, deren unterschiedliche Ausformung lediglich in der zu differierenden Ergebnissen führenden Lagebeurteilung der augenblicklichen Situation begründet ist.

Dabei gilt als herrschend der Glaube an den „technokratischen Frieden", „der auf der Annahme basiert, die Weltpolitik sei in eine nachideologische Phase eingetreten", in der „Politik nur mehr als Sachzwang zur Kooperation der ehemals ideologisch Verfeindeten" erscheine. Das ist das Modell der friedlichen Koexistenz, die auf der Angst vor Hungerrevolten und einer atomaren Auseinandersetzung sich gründet. „Aber der Blick auf die apokalyptische Zukunft verhindert im Effekt nur die genaue Analyse gegenwärtiger Militärpolitik und anderer Konfliktursachen."

Dem wird mit dem Blick auf eben jene Konfliktursachen, eine Vorstellung des politischen Friedens entgegengestellt, in der erstens „Friede bedeutet, daß die eigene Gesellschaft nicht bereits als repressionsfrei ... zu behaupten" ist, und die zweitens die Einsicht enthält, „daß man nicht weiterhin mit einer technisch-juristischen Anerkennung der durch Demütigung Verbitterten davonkäme, innerlich aber weiter das Gesicht abwendet." Unter diesem Gesichtspunkt nun wird von den Autoren der längst fällige Versuch einer Analyse der augenblicklichen Friedfertigkeitspolitik unternommen, die sich auf der anderen Seite als „Aggression aus Gier und Angst" darstellt, deren Ergebnis man in dem Satz Sweezy's zusammenfassen könnte: „Solange der Imperialismus existiert, wird kein dauerhafter Frieden zu schaffen, noch weniger zu sichern sein." —se

Theorien über den Faschismus, hrsg. von E. Nolte; NWB Bd. 21, 22,80 DM, Kiepenheuer & Witsch

Der Herausgeber dieses Readers, der 24 Aufsätze zur Theorie über den Faschismus zusammenfaßt, Ernst Nolte ist Ordinarius für Neuere Geschichte an der Universität Marburg und wie kein zweiter legitimiert, dem Phänomen des Faschismus durch die Auswahl repräsentativer Texte wissenschaftlich beizukommen.

Als Autor des inzwischen zum Standardwerk avancierten Buches „Der Faschismus in seiner Epoche" unternimmt es Nolte, „einen Begriff und eine Kategorienlehre der Theorien über den Faschismus zu entwickeln". In seiner sehr detailliert ausgeführten Einleitung, die auf eine vom Herausgeber schon früher angekündigte „Phänomenologie des Faschismus" hin entworfen ist, arbeitet er die verschiedenen Theorieansätze zum Thema Faschismus präzis heraus. Dabei wird die Komplexität seiner Entstehung und der sozialen Ursprünge gegen die nur allzu leicht eindimensionale Argumentation der Linken deutlich abgehoben. Da Nolte in subtiler Weise die historischen Erscheinungsformen des Faschismus als Ausgangspunkt bevorzugt, entgeht er der Gefahr einer Theorie, die sich den Vorwurf des rigorosen Deduktionismus gefallen lassen muß.

Die Diskussion um den Faschismus, die die politische Linke in der Bundesrepublik gegenwärtig wieder aus gegebenem Anlaß führt, kann hier vertieft und korrigiert werden, wenngleich der faschistische Ungeist im Stadium des organisierten Kapitalismus andere Züge trägt als seine historischen Vorgänger. – Bedauernswert an dem Band: die Arbeiten von Thalheimer konnten nicht mit aufgenommen werden. Die Einführung des Herausgebers liefert dafür jedoch vollgültig Ersatz. -l

Peter Schütt

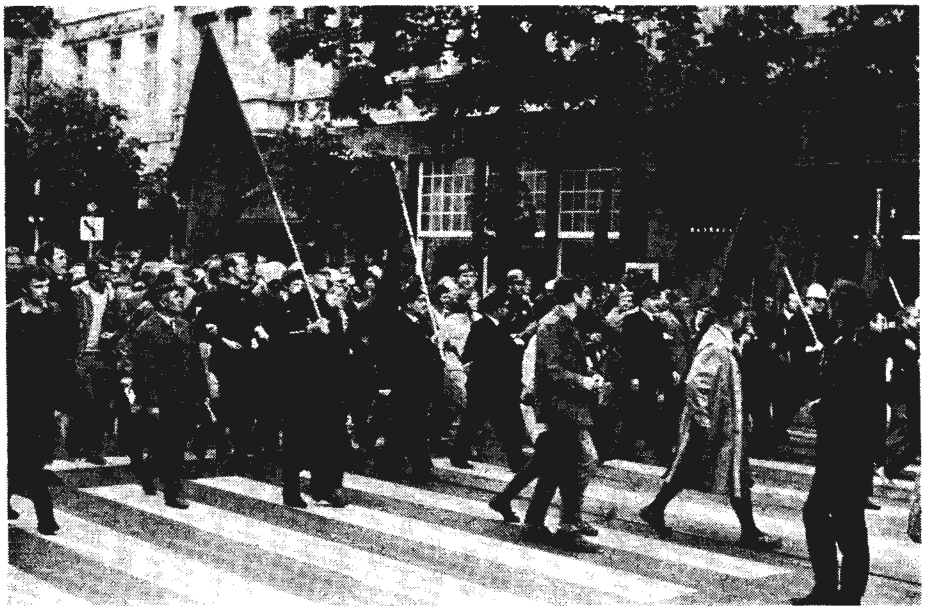
Lob der Straße

Über Nacht haben die Herrschenden wieder Angst vor „der Straße" gekriegt. Ein Sprecher der Bundesregierung hat gerade eindringlich davor gewarnt, „die politischen Auseinandersetzungen auf die Straße zu verlegen". Nicht ohne Grund: seine Auftraggeber bevorzugen bei ihren Geschäften stille Kämmerlein, Kabinette und allenfalls hermetisch abgeschirmte Wandelhallen, Orte, an denen sie allemal unter sich sind. Das macht: sie haben einiges zu verbergen!

Daß der Lärm der Straße den Schlaf der Ungerechten stört, kommt nicht von ungefähr. Da waren zu Ostern 300 000 Bundesbürger auf den Beinen, und am Sternmarsch der Notstandsgegner auf Bonn am 11. Mai haben über 70 000 Demonstranten teilgenommen; es war die machtvollste Kundgebung der Opposition seit Gründung der Bundesrepublik. Da gerät so manches in Bewegung, und mit ziemlicher Gelassenheit schreiten die demonstrierenden Schüler, Studenten und Arbeiter über die Leichen der Ruh- und Ordnungsapostel hinweg.

Für die bereits Mobilisierten heißt auf der Straße sein soviel wie: unterwegs sein, sich auf dem rechten Weg vorwärtsbewegen, ein Ziel vor Augen haben, Nahziele und Fernziele konsequent miteinander verbinden. Plötzlich haben es die Rückwärtsgewandten doppelt schwer, und selbst die auf der Stelle treten, müssen sich jetzt mächtig gegen den allgemeinen Fortschritt ringsum zur Wehr setzen.

Manche werden einfach mitgerissen, aber die eingefleischten Reaktionäre schlagen wütend um sich, um beim Gegen-den-Strom-Schwimmen überhaupt noch von der Stelle zu kommen. Sie haben nicht selten die Orientierung verloren und wollen nur noch raus, heraus aus der reißenden Bewegung, und sich irgendwo am Rande des großen Stroms häuslich und betrachtend einrichten. Wo die Unruhe wächst, da mehrt sich die Zahl der Andächtigen und der Andachtsuchenden.



Benda — wir kommen

Die Künste schließen sich dem allgemeinen Aufbruch an, sie reihen sich in die Schar der Aktiven ein und tragen dazu bei, der Bewegung Schwung und Ausdruck zu geben. Die Schriftsteller verfassen neuerdings Flugblätter, sie rezitieren an Ort und Stelle Agitationstexte und funktionieren ihre Manifeste in Protestaktionen um. Von Lastautos und improvisierten Straßentribünen herab demonstrieren in Hamburg, Berlin, Frankfurt und München „Arbeiter- und Studentenbühnen" den Passanten, was hierzulande Notstand heißt, Ausbeutung und Mitbestimmung.

In Köln haben Jungfilmer kahle Häuserwände ausfindig gemacht, an denen sie ihr Material über den bundesdeutschen Polizeiterror, den Hunger in der „Dritten Welt" und die US-Kriegsführung in Vietnam vorführen. Protestsänger gehen gruppenweise auf die Straße, um die Bevölkerung durch das Lied zur Aktion zu bewegen.

Sie alle brauchen eine andere Sprache, wenn sie sich demonstrativ unters Volk mischen. Die Leute auf der Straße haben keine Zeit, keine Zeit für viel Drumunddran, und wollen deshalb ohne Umschweife angesprochen werden, jovial, aber nicht burschikos, vertrauensvoll, aber nicht aufdringlich. Auf den richtigen Ton kommt es an, die nötige Lautstärke und das rechte Wort am rechten Ort: das will gesucht und mehr noch gefunden werden! Überraschungseffekte, ironische Wendungen, Wortverdrehungen, wenn sie nur nicht gar zu akademisch wirken, tun meistens ihre Wirkung. Spätestens auf der Straße wird die treffende Form zum zusätzlichen Argument, sie stärkt die Glaubwürdigkeit der Aussage und durchbricht die Lethargie und Resignation der Zuschauer.

Bis jetzt waren die bundesdeutschen Straßen und Plätze der Reklame vorbehalten, sie waren öffentliche Tummelplätze der Lüge und des Betruges, Märkte der Manipulation. Die Wahrheit, unter lauten Lügen nicht eben beredt, tut sich als Marktschreierin noch etwas schwer; der Schwall der Werbesprüche macht ihrer Kehle einiges zu schaffen.

Aber kleinlautes Beiseitestehen hilft nichts, sie darf sich nicht länger zieren und muß sich den Zungenschlag der Leute auf der Straße zulegen, wenn sie nicht ganz in Sanatorium gehen will.

Wo die Lüge tagtäglich zum Angriff auf das Bewußtsein der Massen ruft, muß sich auch die Wahrheit bewaffnen. Sie muß sich auf den Widerstandskampf ge-

faßt machen und wird in Zukunft noch agitproper auftreten müssen.

Der unauffällig elegante Salonanzug ist nicht das rechte Kleid für die Straßenkämpfe, die Wahrheit und Lüge Tag für Tag um die Stellungnahme eines jeden einzelnen ausfechten. Da empfiehlt sich auch für die weniger robuste Wahrheit ein leichter Kampfanzug: er wird nicht so rasch dreckig, erlaubt größtmögliche Beweglichkeit und erleichtert das rechtzeitige Untertauchen. Für den Untergrund gelten vollends andere Regeln als für das Salongespräch.

Die Straße zeigt in den spätkapitalistischen Gesellschaften einige Ansätze zur Egalität, die weder im Betrieb noch in der Behörde oder im Hörsaal zu finden sind. Die tendenziell klassenlose Gesellschaft der Straße, in der sich die überwältigende Mehrheit des Volkes tagtäglich für einige Zeit bewegt — nur die oberen Zehntausend halten sich im Flugzeug, dem Luxuswagen oder dem Ersteklasseabteil das gemeine Volk vom Leibe —, der Aktionsraum Straße ist hierzulande trotz Bannmeilengesetz und Wegeordnungen noch immer der freieste Ort der Kommunikation, eine Stätte der Begegnung, des Austauschs und des Verkehrs, in deren selbsttätiges Vertriebssystem sich auch die Gedanken einbeziehen lassen.

Warum sollten wir Markt und Straßen der Reaktion für ihre dunklen Geschäfte überlassen! Wir müssen im Gegenteil den Monopolanspruch der Großindustrie auf die gewerbliche Verwendung aller leeren Bauzäune, Häuserwände und Plattformen bestreiten und die öffentlichen Foren der Straße wieder zu Tribünen des Klassenkampfes machen.

Der Spielraum ist nahezu unbegrenzt, er bietet Platz für ungezählte Slogans, Standorte für viele tausend Flugblattverteiler, Stellplätze für Millionen Plakate und an jeder Kreuzung Resonanz für Straßentheater, Agitproptruppen und Aufklärungskampagnen.

Wer auf der Straße für Demokratie und Sozialismus agitiert, verwende den Rhythmus der Straße: eine harte und knappe Diktion, kurze Sätze, Aussagen, Aufrufe und Mahnungen. Er braucht Wiederholungen und Übertreibungen nicht zu fürchten, sie geben der guten Sache den nötigen Nachdruck.

Die Beweisführung sollte möglichst schlagend sein, den Dingen auf den Grund gehen und die Ursache allen Elends beim Namen nennen. Der Begriff prägt sich ein, selbst oder gerade wenn er Widerspruch provoziert.

Nicht umsonst warnte unser Kanzler kürzlich vor einer „Verschlagwortung der



Sozialistisches Straßentheater in Aktion

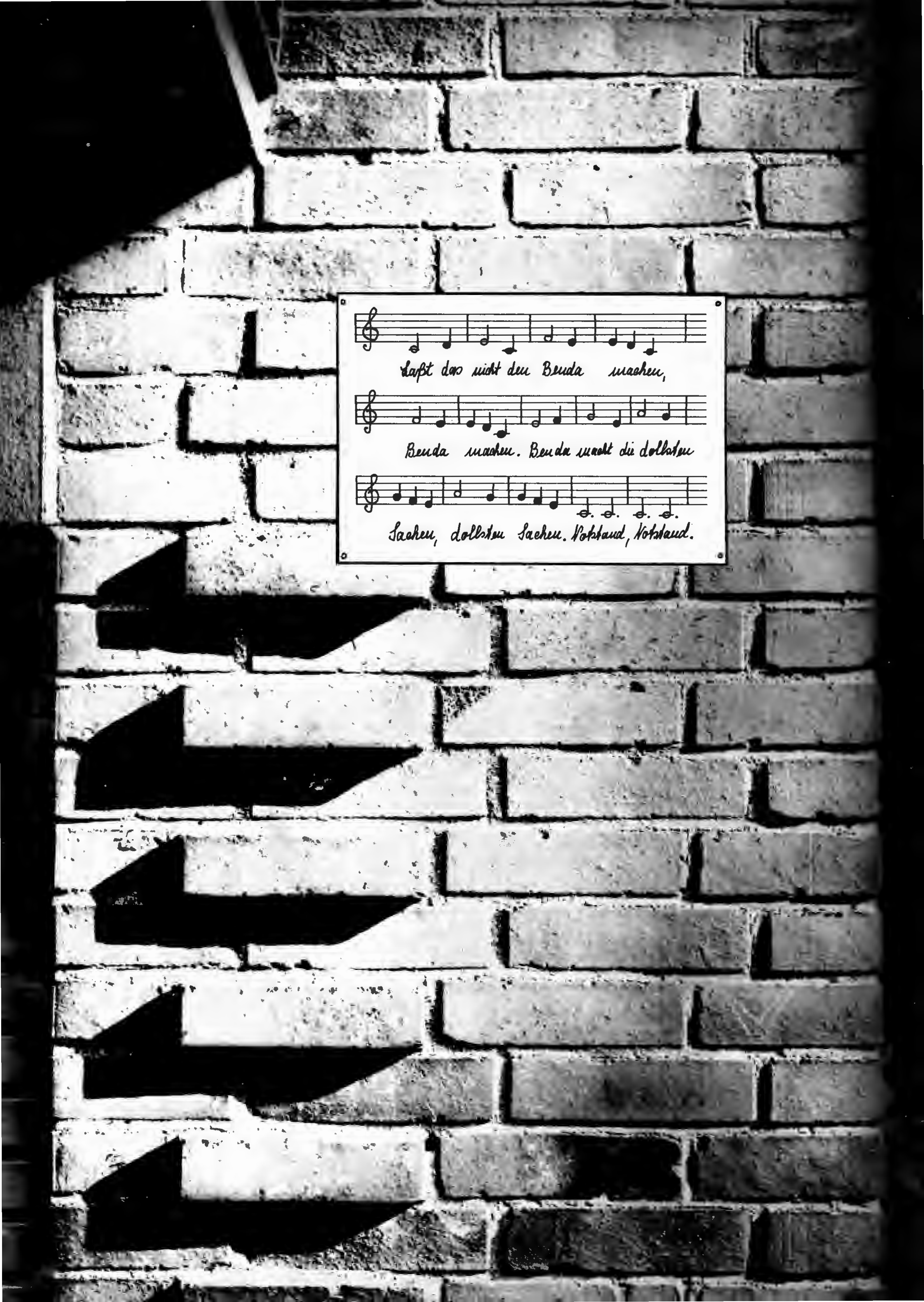
politischen Debatte". Er hat die demonstrative Deutlichkeit von Worten, Bildern und Sätzen, die den Nagel auf den Kopf treffen, mehr zu fürchten als die tastende Umschreibung komplexer Sachverhalte. Die alle Dinge erst kompliziert machen, haben in der Tat allen Anlaß, vor dem „Vereinfachern" zu warnen. Sonst täten sie die Leute womöglich einfach davonjagen!

Da wollen uns die Machthaber einreden, es sei das Schlagwort — freilich nur das im Munde des Gegners — schon ein Gewaltmittel, etwa dem Steinwurf vergleichbar. Ihre Empfindlichkeit gegenüber dem Slogan rührt offenbar daher, daß er sie an einer wichtigen Stelle trifft und ihrer Lügenkunst wirksam entgegentritt.

Wer den Meinungsterror tagtäglich wortgewaltig praktiziert, rechnet mit der Stummheit seiner Opfer und tut deshalb um so empörter, wenn der Gegner plötzlich mit denselben Wortwaffen aufwartet.

Da gilt es unter aufgeklärten Leuten noch immer als unfein, „Emotionen zu erregen", ganz so als gehörte der Bereich des Gefühls ganz der finsteren Reaktion. Der Alleinvertretungsanspruch von Axel Cäsar Springer auf die Gefühlsregungen der Menschen muß endlich bekämpft werden. Die Massen empfinden nicht nur „für die schönsten Jahre des Lebens" oder „das Leben zu zweit".

Entreißen wir die manipulierten Hoffnungen, Wünsche und Wachträume der Massen aus der Umklammerung der niederdrückenden Bewußtseinsindustrie und wecken wir die Phantasie des Volkes für notwendige Modelle einer besseren Zukunft!


Laßt das nicht den Benda machen,
Benda machen. Benda macht die dollsten
Sachen, dollsten Sachen. Vorstand, Vorstand.